



Stimmen gegen ein Bettelverbot in Landeck

Die Bettellobby Tirol spricht sich für eine zukunftsorientierte, an den Grundrechten orientierte Praxis aus, welche sich gegen Verbote und soziale Ausgrenzung richtet.

In einem offenen Brief fordert die Bettellobby Tirol die Mitglieder des Landecker Gemeinderats auf, das geplante Bettelverbot, für das sich der Stadtrat mehrheitlich aussprach, zu überdenken und keine voreiligen kurzsichtigen Entscheidungen zu treffen.

Die Bettellobby Tirol spricht diesbezüglich von einem unverhältnismäßigen Eingriff in die Menschenrechte. Sie warnt davor, einen Weg der Politik einzuschlagen, die auf dem Rücken von armutsbetroffenen Menschen ausgetragen wird: „Wir appellieren, sich von einer Politik zu distanzieren, die auf populistischen, kriminalisierenden und diffamierenden Zuschreibungen aufbaut und darauf abzielt, Menschen gegeneinander auszuspielen.“

In ihrer Arbeit ist die Bettellobby Tirol immer wieder auch mit Fragen verunsicherter BürgerInnen konfrontiert. Vielfach fehlt es den Menschen an Hintergrundinformationen zur Situation von bettelnden Menschen: „Unsere Erfahrungen zeigen, dass Gespräche, Austausch und Informationen Ängste abbauen, Unsicherheiten lindern und dadurch zu einem unaufgeregteren Umgang mit dem Thema in der Mehrheitsbevölkerung beitragen können.“

Die Bettellobby Tirol plädiert daher für bewusstseinsbildende Maßnahmen und Sensibilisierung statt Verbote. Denn Betteln ist für viele Menschen die einzige Möglichkeit zur Veränderung unzumutbarer Verhältnisse auf der oft vergeblichen Suche nach alternativen Verdienstmöglichkeiten. Zu betteln kostet den Menschen meist viel Überwindung. Doch mit dem wenigen Geld, das sie hier erbetteln, können sie ihre eigene und die Lebenssituation ihrer Familien in den Herkunftsländern ein Stück weit verbessern.

Von den Landecker PolitikerInnen erwartet sich die Bettellobby Tirol einen verantwortungsvollen und solidarischen Umgang mit bettelnden Menschen und eine offene und sachlich geführte Diskussion zum Thema Betteln: „Wir fordern einen öffentlichen Raum, der für alle nutzbar und zugänglich ist, ein Ende der Kriminalisierung von bettelnden Menschen und eine zukunftsorientierte, an den Grundrechten orientierte Praxis, welche sich gegen Verbote und soziale Ausgrenzung richtet.“

Die Bettellobby Tirol appelliert an den Landecker Bürgermeister und alle anderen ÖVP-PolitikerInnen des Gemeinderates, sich auf ihre christlich-sozialen Grundwerte zu besinnen. Schließlich stehe es jedem Menschen offen, Menschen, die auf Unterstützung anderer angewiesen sind, zu helfen. Bettelverbote würden jedoch die Situation armutsbetroffener Menschen noch weiter verschlimmern: „Sie drängen armutsbetroffene Menschen zunehmend von öffentlichen Plätzen, in die Kriminalität und weiter an den Rand der Gesellschaft. Armut und damit der Grund des Bettelns bleibt hingegen bestehen. Bettelverbote sind jedoch keine Lösung für eine Problematik, die strukturelle Ursachen hat. Es gilt die Armut zu beseitigen und nicht die von Armut betroffenen Menschen.“